

# Der Volksstaat

Abonnementspreis:

16 Sgr. pro Quartal.

Monats-Abonnements werden bei allen Deutschen Postanstalten auf den 2ten u. 3ten Monat und auf den 3ten Monat besonders angenommen, im Kgr. Sachsen u. Kgr. Sachl.-Altenburg auch auf den 1ten Monat à 5 1/2 Sgr. angenommen.

Er erscheint in Leipzig  
Freitag, Sonntag.  
Bestellungen nehmen an alle Postanstalten u. Buchhandlungen des In- u. Auslandes. Militair-Expeditionen für die Vereinigten Staaten:  
F. A. Sorge,  
Box 101 Hoboken, N. J.  
Wm. Quaders,  
409 Maystr. Chicago, Ill.  
Peter Hafz,  
8. W. Corner Third and Coates str. Philadelphia.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Militair-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 1 Sgr., — Privat- und Vergnügungs-Anzeigen mit 2 Sgr. die dreigespaltene Petit-Zeile berechnet.

Nr. 84. Mittwoch, 22. Juli. 1874.

## Auch ein Gedenktag. (Zum 23. Juli.)

„Schlaf, mein Kind, schlaf leis,  
Da draußen geht der Preuß!  
Deinen Vater hat er umgebracht,  
Deine Schwester hat er zur Hölle gemacht,  
Deinen Bruder trieb er ins fremde Land,  
Das Haus hat er uns niedergebrannt!  
Schlaf, mein Kind, schlaf leis,  
Da draußen geht der Preuß!“  
Badisches Wiegenlied 1849.

Es ist bei den gesinnungstüchtigen Blättern jetzt Mode geworden, den gerade auf der Tagesordnung befindlichen Helden, Heldenthaten und Heldensöhnen mit „Gedenktagen“ zu schmückeln. Bald ist man von den heldenmüthigen Thaten des Königs von Sachsen Schleswig-Holstein vor 25 Jahren, bald hören wir die Heldenthaten des Prinzen Friedrich Karl lobpreisen, bald ertönen Hymnen an den Heldenreich Wilhelm I. und seinen Heldensohn Friedrich Wilhelm, die bei Sedowa die Oesterreicher geschlagen haben. Auch für uns gibt es solche Tage, an denen wir besonders das Vergangene gedenken, und zwar weil wir wissen, daß unsere Erinnerungen manchem Gegner unangenehm sind. Unsere Gedenktag sind ganz anderer Art als die unserer Gegner. So versehen wir uns heute um fünfundsiebzig Jahre zurück, in die Julitage 1849, da über die blühenden Gefilde Badens die Stürme der Revolution hinweggehaust waren und über welches nunmehr verheerend die Reaktion hereinbrach.

Die Schlacht von Waghäusel (21. Juni) war durch den Rath der badischen Dragoner unter Beckert, welche mitten im Treffen zu den Preußen übergingen, unglücklich für die von dem russischen General Mikolajewski befehligte Revolutionsarmee ausgefallen. Die Preußen zogen sich gegen die Festung Kastatt zurück und besetzte die Gurglinie, im Vertrauen auf Württembergs Neutralität. Ihr Angriff wurde durch die „Exultationsarmee“, befehligt von den preussischen Generälen Hirsfeld, Peuder und Gröben. Beim Corps Hirsfeld stand sich der damalige Prinz von Preußen, der heutige Kaiser von Deutschland, Wilhelm I., der in den Märztagen von 1848 bei Ausbruch der Berliner Revolution nach England flüchtete, seinem Palaste unter den Linden gab man die Auffchrift „Nationaligentum“, damit ihn der „Pöbel“ nicht zerstören sollte! Man mußte also, daß der „Pöbel“ das „Nationaligentum“ zerstören würde. Bekanntlich ließ sich Wilhelm von Hohenzollern auf seiner Rückkehr in die preussische constituirende Versammlung Wahlkreise von Wirtzig wählen.

Die Exultationsarmee rückte gegen Kastatt vor. Am 29. Juni wurde ihr Angriff zurückgeschlagen; am 30. Juni nahm sie, indem sie das „neutrale“ württembergische Gebiet betrat, die Gurglinie wieder ein. Die Festung Kastatt ein, die von einem großen Theile der Revolutionsarmee besetzt war. Noch während der Dauer des Kessels wurden gefangene Russen erschossen! Im Gefechte wurden verschiedene Turner, die den Abzug der Revolutionsarmee deckten, von einem Kirchthum herabgeworfen und mit den Bajonetten aufgeschrien.

Kastatt kapitulierte nach tapferem Widerstand. Wie dies geschah, erzählt Bernhard Veder in seiner Reaktionsgeschichte\*) wie folgt:  
„Schon beorderte der Prinz von Preußen, um Dresche zu werfen, von Koblenz schweres Geschütz, als die Regierungen von Preußen und Bayern gegen die Zerstörung der Bundesfestung Kastatt Einsprüche erhoben. Da gerieth irgend ein Lieutenant auf den Gedanken, auf der Wurg wohlverschlossene Flaschen mit Zündhölzchen hinabzuschwimmen zu lassen, damit die Belagerten, wenn sie diese auffingen, sich von dem gänzlichen Aufhören des Kampfes überzeugen und dadurch den Muth verlieren. Das wirkte. Unter den Belagerten fand sich der zweideutige Corvin-Wiederhölzl. Dieser suchte die tapferen Freischaren zu entmuthigen und brachte dahin, daß man ihn nebst dem Major Langen damit betraute, am 18. Juli bei den Preußen als Parlamentär zu melden und bis hinaus nach Freiburg und Constanz zu reisen, um zu erfahren, ob noch Entsatz möglich sei. Diese Reise machten die Generale in Begleitung eines preussischen Offiziers und zweier Ueberbringer. Corvin gab bei seiner Rückkunft den Belagerten nur Nachricht von der in Baden eingetretenen Grabesruhe, was er benachrichtigte sie auch, daß der Großherzog unterm 18. Juli eine Amnestie für Alle, welche sich bis zu einem gewissen Zeitraum freiwillig unterwerfen würden, verkündet habe.

Wieder wurde ein Capitulations-Vertrag auf Betreiben Corvins abgeschlossen, in welchem den Belagerten volle Amnestie zugesichert wurde. Nun ergaben sie sich auf Treue und Glauben und die Capitulation ward am 23. Juli vollzogen. Bei der Feierlichkeit ritt der Festungskommandant Tiedemann dem Prinzen entgegen und überlieferte ihm seinen Degen. Die Kavallerie, welche abzog, und die Offiziere legten ihre Waffen auf die Erde und die Infanterie stellte ihre Gewehre zu Boden. Nachdem aber die Freischaren ihre Waffen abgegeben hatten, wurden sie Räuber und Lumpen. In der Festung eingesperrt, wo sie eine sehr harte Behandlung erdulden mußten. Die Preußen erklärten den Capitulations-Vertrag jetzt für ungültig, weil denselben nicht der

Prinz von Preußen selber, sondern in seinem Namen nur ein untergeordneter Generalstabsoffizier, Major von Alvensleben, unterzeichnet hatte.“

Also geschah am 23. Juli 1849!  
Die berufsmäßigen Geschichtsfälscher haben natürlich sammt und sonders diese „glorreiche“ Episode in der preussischen Geschichte mit Stillschweigen übergangen. So sagt Weber in seiner für die Schulen berechneten und eingeführten „Weltgeschichte“ mit bewundernswerther Schamlosigkeit:  
„Kastatt hielt sich noch einige Wochen unter Kämpfen und Ausfällen. Als aber Mangel an Lebensmitteln und Kriegsbedarf eintrat, mußte sich die eingeschlossene Stadt auf Gnade und Ungnade ergeben!“

Das ist die historische „Wissenschaft“, wie sie unsere Aera der Unteroffiziere braucht!

Nun wüthete das Standrecht mit preussischer Virtuosität. Der hochherzige Tiedemann aus Landsbut wurde natürlich zuerst erschossen; nach ihm der Schriftsteller Eisenhans, der alte Bönning von Wiesbaden, Major Heilig, Gerhard Cromer, Ueff und viele Andere. Alle starben muthig mit dem Rufe: „Es lebe die Republik!“ während der bekannte Gottfried Kinkel den Prinzen von Preußen vor dem Kriegsgerichte hochleben ließ und so mit dem Leben davon kam. Auch Corvin wußte sich zu salviren. In Freiburg blutete Max Dortu, in Mannheim fielen Trübschaler, Streuber, Lacher, Diez und Höfer unter den mörderischen Kugeln des Standrechts.

Sollen wir unserem Gedenktag noch besondere Betrachtungen widmen? Wir glauben es nicht nötig zu haben. Wir wollen nur an das letzte Wort des jungen Dortu erinnern, der den Soldaten, die ihn zu erschießen hatten, rief:  
„Schießt gut, Brüder!“

In seiner letzten Stunde brach aus dem Chaos von Gefühlen, die ihn durchstürmt haben mögen, noch leuchtend und herrlich die Liebe zu seinem Volke hervor, die Liebe zu demselben verführten und belagerten Volke, dessen Angehörige sich daneben anschickten, die Mörder des jungen Freiheitskämpfers zu werden, die die Wundungen ihrer Nordwesten auf seine Brust richteten! Was würde Max Dortu wohl denken und sagen, könnte er hören, wie die charakterlosen Hurrabschreier und Volksverräter, die heute dieselbe preussische Politik mit Hosiannah begrüßen, welche sie vor fünfundsiebzig Jahren kreuzigen wollten, könnte er heute hören, wie jene traurigen Sklavenjungen die Gräber der Standrechtsoffer von 1849 schänden und das Andenken der Todten beleidigen, indem sie mit Hinweis auf das Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte salbungsvoll andrusen:  
„Es hat sich Alles so herrlich erfüllt!“

## Ein Preßprozeß im Osten.

Aus Serbien. In dem vorigen Artikel beschrieb ich die Umstände, unter denen das sozialistische Blatt „Javost“ (Die Oeffentlichkeit) in Pragujewac verendete; in dem gegenwärtigen will ich Ihnen den Lauf des Preßprozeßes mittheilen, und Sie werden sich dann leicht ein richtiges Bild von der serbischen Gerechtigkeitsausübung bilden können.

Der Herr Staatsanwalt hatte sich die Arbeit leicht gemacht und sagte seine Anklage sehr kurz; er zitierte die vermeintlich gravirenden Stellen kurzweg, ohne aus ihnen mit logischen Schlüssen das Vergehen abzuleiten — er stellte seine Behauptungen so hin, als ob sie jeglicher Begründung entbehren könnten und von Jedermann schon anerkannt wären; er riß einzelne Sätze aus einem Artikel und stellte sie mit anderen willkürlich in Zusammenhang. Zum Schlusse ließ er es auch an wohlmeinenden Rathschlägen nicht fehlen. Den Widerlegungen und Bertheidigungen gegenüber verhielt er sich — wie er selbst sagte — „als wenn sie nicht beständen“.

Die Gründung des Blattes, die Arbeittheilung in der Druckerei und Redaction in seiner Anklage erwähnend, ging der Staatsanwalt zur Feststellung der „landesfeindlichen“ Richtung des Blattes über und sagte: „Schon in den ersten Nummern des Blattes erschienen Artikel, die ganz und gar der landesüblichen Rechtsauffassung entgegen sind; jede Nummer brachte Artikel, welche unumwunden sozialistische Ideen durchwehten. In der Meinung, daß er der erste Messias sei, der dieses Land im sozialistischen Geiste umformen werde, griff Markovic rücksichtslos mit seiner giftigen Feder die Hauptinstitutionen des Landes, die Nationalversammlung, die Regierungs- und Volksabgeordneten an, provozierte die Nationalversammlung und Jedermann zur Gesetzesübertretung, rechtfertigte den Aufstand gegen den Landesregenten, und schließlich ließ er in seiner Redheit auch die Verfassungsrechte des Landesfürsten nicht unberührt, vielmehr griff er sie an und verlegte sie.“ Nun ging der Staatsanwalt zur Anführung der incriminirten Stellen. Er riß aus dem Artikel, der gelegentlich der Adressdebatte im Comité zur Abfassung der Adresse erschienen war, Folgendes heraus: „Bei dieser Debatte, wie auch in allem übrigen, zeigten die Regierungsabgeordneten besondere Zuneigung, sich vor den Volksabgeordneten mit ihrer Paragrafenkenntniß breit zu machen. Anstatt als die vornehme Intelligenz in der Versammlung die Volksbedürfnisse anzuklären, wenn diese wirklich etwas nicht versehen sollten, anstatt ihre Gedanken aufzufassen und dieselben zu formuliren, — verfahren sie wie der Untersuchungsrichter, der mittelst seiner verwickelten Fragen verlegen machen will.“ Weiter: „Der einfache Anstand gebietet schließlich den Regierungsabgeordneten, sich ja mehr der Rede zu enthalten, wo es sich um Volkswünsche handelt. Sie sollten selbst wissen, wie sehr sie durch

ihre Anwesenheit in der Versammlung dieselbe vor der ganzen gebildeten Welt herabsetzen.“ Dann die Stelle: „Gewiß ist es, daß das Volk mit den einzelnen Regierungen unzufrieden gewesen und sich von ihnen los zu machen wünschte, und die Großen (Magnaten) benutzten diese Momente und forderten es zum Aufstande auf. Das Volk betrachtete es immer als sein Recht, einen Fürsten abzusetzen, der schlecht wirtschaftete, und einen andern zu ernennen, von dem es Besseres hoffte.“ Ferner der Passus: „Es gibt Leute, die nicht damit übereinstimmen, daß wir diese Nationalversammlung in Schutz nehmen, welche die Schule Radivoj's (gewesenen Ministerpräsidenten) passiert hat und die jeden ehrlichen Mann und Fortschrittökämpfer mit Prügeln bedrohte,“ die sich vor Allen beugte, was nur von der Regierung kam.“ Am gravirendsten erschien dem Staatsanwalt folgender Satz, den Markovic anlässlich der Besprechung der Gesetzesänderung und Verfassung, wobei manche Gesetze absichtlich schlecht gemacht werden, im Allgemeinen bemerkend, niederschrub: „In diesem Falle ist es Pflicht und Tugend eines jeden Mannes, solche Gesetze mit allen Mitteln zu zunichte zu machen. Und wenn der Einzelne oft nicht die nötige Kraft dazu hat, oder solche moralische Verantwortlichkeit auf sich nicht laden darf — die Vollvertretung kann und darf und soll die todtten Gesetzesformeln vertilgen.“

Das sind alle Stellen, aus denen der Staatsanwalt einige sechs Vergehen ableitete. Es wurden nämlich Markovic als der Hauptschuldige und Stoßfische als der Teilnehmer angeklagt der Beleidigung der Regierungsabgeordneten, der Herabsetzung der fürstlichen Rechte, der Rechtfertigung des Aufstufes zur Revolution, der Beleidigung der Nationalversammlung, der Aufforderung zur Uebertretung und Abschaffung der Gesetze. Ebenso wie ich hier zusammengefaßt die Stellen angebe, hat auch der Staatsanwalt sie hingestellt, ihnen einige Andeutungen und Entlastungsproben folgen lassen und gleich darnach die Paragraphen angezogen, welche das Vergehen und das Strafmaß bestimmen. Zur Illustration dessen theile ich die nach dem ersten Citate gemachte Deduction mit: „Vorsätzlich wollte Markovic mittels dieser, von Angriffen auf die Regierungsabgeordneten strotzenden Ausdrücke die Stellung derselben in der Nationalversammlung lächerlich machen und sie vor der gebildeten Welt herabwürdigen — dessen nicht zu gedenken, daß ihre Stellung eine durch die Gesetze garantierte ist, und sie zu derselben durch das Vertrauen des Regenten gelangt sind. Es ist unzweifelhaft, daß dem Angeklagten selber das wohlbekannt ist, und eben dadurch offenbart sich seine schlechte Absicht.“ An einer anderen Stelle „drängt“ sich dem Staatsanwalt der Gedanke auf, daß Markovic dem Volke den Weg zeige, wie es sich den Regenten kurzerhand vom Hals schaffen könne. Weiter wieder kommt er zu der „zuverlässigen Ueberzeugung“, daß der Angeklagte unter dem Mantel des Patriotismus der Nationalversammlung die größte Herabwürdigung bereitet habe. ... Dergestalt ist die Anklage beschaffen!

Die Vertheidigung führten die Angeklagten selbst. Markovic warf dem Staatsanwalt die Oberflächlichkeit, mit welcher er bei Begründung der Anklage verfahren, vor. „Man kann nicht aus einzelnen Sätzen, die man aus der Mitte und dem Schlusse herinnimmt, kriminelles Vergehen beweisen, es ist dazu nothwendig, den Zusammenhang der Gedanken und den behandelten Gegenstand ausfindig zu machen. Der Staatsanwalt sucht nicht den Gegenstand aus, er unterschiebt den Artikeln seine eigenen Gedanken und macht dann daraus willkürliche Schlüsse. Dem Wortlaut des Gesetzes nach ist eine Herabsetzung der Regierungsabgeordneten erst dann vorhanden, wenn von ihnen unwahre, erdichtete Behauptungen gesagt werden, was in keinem Artikel der „Oeffentlichkeit“ der Fall ist. Das Ziel war einzig und allein, die Regierungsabgeordneten auf ihre delikate Stellung aufmerksam zu machen, damit sie dem Volkswillen nicht den Weg versperren.“ Die Worte von der Erhebung des Volks und der Absetzung der Fürsten hält Markovic als geschichtliche Thatsachen aufrecht und beweist das unweigerliche Recht des Volks, die Volkssouverainetät, mit Daten aus der serbischen sowie aus der Geschichte anderer Völker. Er wollte nur den Standpunkt des Volks vertreten, und das Recht der Versammlung, die Verfassung zu ändern, feststellen, welches Recht das Volk schon nach der bestehenden Verfassung besitzt. Wo von der gesetzlichen Aenderung die Rede ist, kann keine Rede sein von Gewalt. Daß der gewesene Ministerpräsident mit der Nationalversammlung umsprang, wie es ihm gefiel, bewies der Angeklagte durch die Beschlüsse der damaligen Versammlung und die Meinungsäußerungen der Minister über die Abhängigkeit der Versammlung von ihnen, den Ministern; daß Serbien in dieser Hinsicht nicht vereinzelt dasteht, zeigte er an dem Beispiel Deutschlands und des Fürsten Bismarck. Die Stelle von der Uebertretung und Vernichtung der Gesetze habe der Staatsanwalt entstellt, indem er jene Auseinandersetzung lediglich auf Serbien bezog, während dort von den schlechten Gesetzen überhaupt die Rede sei; und sei das eine Theorie, welche auf den Hochschulen gelehrt würde, und daher, ob sie sozialistisch oder nicht nach dem Gesetze frei sei. Ehe man den Angeklagten zur Rechenschaft ziehe, müßten die Geschichtsschreiber, welche Serbiens Befreiung und andere Volkszustände rechtfertigen und verherrlichen, bestraft werden. Zuletzt machte der Angeklagte einige Bemerkungen über die Ausdrücke des Staats-

\*) Zur Zeit Radivoj's wurde eine Vorlage eingebracht, nach welcher Preßvergehen mit Stoßfischen zu bestrafen sind! Die Verfasser dieser Vorlage sollten sich beim Fürst Bismarck in Berlin melden; der Urheber des Paragraphen 20 und des famosen neuen Preßstrafgesetzes wird ihnen gewiß praktische Beweise seiner Anerkennung und Sympathie geben. R. d. B.)

Die Reaktion in Deutschland gegen die Revolution von 1848. Bernh. Veder. 3. Aufl. Braunschw. B. Braude jr.



anwalts als: „Messias“, „Sozialist“, „giftige Feder“, und rechnet sich den Titel Sozialist zur Ehre. Zum Schluß charakterisierte er die Umstände, unter denen der Prozeß entstanden. Im Laufe des Erscheinens der nun incriminierten Artikel ward aus Ministerium des Innern die Frage gerichtet: warum die Polizei das Erscheinen solcher Artikel erlaubt? Der Minister antwortete, daß die „Deffentlichkeit“ derzeit keine geschwändrigen Artikel bringe. Gleichzeitig gratulierten zwei Richter, die später Markovic unter Anklage stellten, demselben zu seiner Schreibart. Erst als einige Regierungsvorlagen von der Versammlung nicht angenommen wurden, deren Bemerkung auch „Jawost“ bekräftigte, erhob sich das Geschrei gegen dieselbe und erschien der Rapport des Staatsanwalts, den der Angeklagte seiner Verteidigung beifügt. Eben dieselben Thatsachen und sogar dieselben Phrasen, die in diesem Reskripte aufgesammelt sind, kommen in der Anklage vor.

Stojkovic (Theilnehmer) steht in der Verteidigung des Markovic auch seine eigene; geißelt die Taktik des Staatsanwalts, welcher anstatt der Beweisführung vom Sozialismus spricht; „der Grund liegt auf der Hand: da man unter Sozialismus gewöhnlich etwas Schreckliches, nach „Theilen“ und Vordrehen Nischen des Versteht, will der Staatsanwalt die Boreingenommenheit gegen die Angeklagten weden.“ Er führt das Reskript des Ministers des Innern an, in welchem dieser die Gedankenfreiheit, die freie Besprechung der Gesetze und des Regierungsverfahrens verspricht und garantiert. Zuletzt erinnert er an die Anklage Markovic's, daß er (Stojkovic) die Artikel vor dem Erscheinen nie durchlas — was auch er bekräftigt.

Darauf ließ sich der hochgelahrte Herr Staatsanwalt also vernehmen: „Seitens des Bezirksgerichts und des höchsten Landes-(Cassations-)Gerichts ist einmal festgestellt worden, daß in den Artikeln des Markovic strafbare Stellen vorhanden und darum ist es eine abgemachte Sache, daß Markovic der Hauptschuldige, Stojkovic als Theilnehmer der Geschwändrigkeiten schuldig ist. Bei dieser Entscheidung konnte die Verteidigung der Angeklagten von keinem gesetzlichen Belange sein, ich übergehe dieselbe daher ganz und will nur von dem angezogenen Reskripte sprechen. Es wurde darin natürlich Niemand zum ungesetzlichen Handeln aufgefordert, der Geist des Reskripts ist vielmehr der, daß jeder Publizist im Volke die Achtung der Landesgesetze und der Ordnung pflege — er erfüllt damit seine patriotische Pflicht. Gott behüte dieses Land vor solchen Patrioten, wie es Markovic ist! Dem Stojkovic rathe ich, lieber seine Bierbrauerei zu pflegen, als die Zeit mit Studien über die Verfassung der amerikanischen Freistaaten todzuschlagen.“

Die Angeklagten erklären nach den Auslegungen des Staatsanwalts die Ueberflüssigkeit gegenwärtigen Verfahrens, wenn die Sache schon abgemacht sei; allein das Entgegengesetzte sei Gesetz und dem Gerichtshof siehe das Recht der endgültigen Entscheidung zu. Dem Staatsanwalt sei es unmöglich, die Ausführungen der Verteidigung zu widerlegen und daher sein Ausweichen. Seine Rathschläge möge er bei Anderen anbringen, die Angeklagten brauchten von ihm keine.

Der Gerichtshof zog sich zur Berathung zurück. Das Publikum wartete bis zum Abend und zerstreute sich erst, nachdem die Auditorien sich entfernt. Tags darauf wurden die Angeklagten um 10 Uhr Vormittags zur Anhörung des Urtheils vorgeladen; aber das Publikum flüchtete tumultuös in den Saal und ein Richter vertagte die Publikation. Den nächsten Tag um dieselbe Zeit legte der Richter dem Markovic Fragen vor und theilte erst um 4 Uhr Nachmittags das Urtheil mit, welches Ihnen schon aus meinem früheren Artikel bekannt ist. Der Richter schloß mit den Worten: „Es gibt noch zwei Gerichtsinstanzen — und es wird sich zeigen, wie diese für recht finden. Die Menschen sind nicht unfehlbar, aber wir haben es so für recht gefunden, und es gibt noch mehr Gerichte.“ Markovic fragte, ob sie das Erkenntnis in der Abschrift bekommen könnten, und der Richter antwortete: „Wir werden sehen... aber die Beweggründe haben Sie gehört und sie sind Ihnen bekannt. Menschen sind nicht unfehlbar.“ — Mit unsicherer, zitternder Stimme verkündigte der betreffende Richter das Urtheil — es war das einer von denen, die Markovic zur Zeit des Erscheinens der Artikel zu seiner Schreibweise gratuliert hatten! — Was bedeuten nun die Versprechungen der Minister? Der des Innern versprach die Rede- und Pressfreiheit, der der Justiz strenges Einschreiten gegen Richter, welche sich bei Fällung der Urtheile nach den in maßgebenden Kreisen herrschenden Meinungen richten... Die Richter haben auch gefühlt, wie's um ihre sogenannte Unabhängigkeit bestellt ist.

Es ist ein altes Thema, von dem ich geschrieben: die Verfolgungen der Freidenkenden seitens der Regierungen und die Gesetzesverletzungen der Regierungen, wenn sie ihre Gegner zu Tode plagen wollen — es sind das Sachen, die jeden Tag in dieser „besten der Welten“ geschehen, und Serbien, das unter die „Culturstaaten“ gezählt werden will, kann doch nicht ausbleiben.

Wie die Leser schon selbst gemerkt haben werden: dieser Prozeß und die von der serbischen Regierung in Scene gesetzte Verfolgung ist gegen die Ziele der „Jawost“ gerichtet und jetzt um so mehr, als die Regierung den „Einfluß“ des Blattes auf die Nationalversammlung gesehen hat und bei den nahe bevorstehenden Neuwahlen die wachgerufene Unzufriedenheit im Volke doppelt fürchtet, und die Wahl volkfreundlicher Abgeordneter um jeden Preis verhindern möchte. Allein die Regierung ist im Irrthum, wenn sie glaubt, das einmal im Volke hervorgerufene Gefühl dämpfen zu können — nein, der Gleichheits- und Freiheitsinn, die Ideen von der ökonomischen und sozialen Gleichheit sind zum Durchbruch gekommen und sie werden sich immer mehr ausbreiten, immer mehr Kraft gewinnen; es ist das ein Naturgesetz, und wir werden dafür sorgen, daß die Regierung von der Erfolglosigkeit ihres Verfahrens überzeugt wird.

## Politische Uebersicht.

Das Zeitungsgeflüster. Der Reptilienfonds äußert bereits kräftigste seine Wirksamkeit in den „liberalen“ Tagesblättern. Das Neueste ist nämlich, daß die Sozialdemokratie für das Riffinger „Attentat“ auf Bismarck verantwortlich gemacht wird. So schreibt Herr Zabel, der doch aus seiner Affaire mit Marx etwas gelernt haben müßte, wenn die deutschen Zeitungsschreiber überhaupt fähig wären, etwas zu lernen, in seiner „Nationalzeitung“:

„Die unablässigen leidenschaftlichen Hegerieen, in welchen von Seiten der Ultramontanen und Sozialdemokraten bis in die alleruntersten Volksschichten die Staatsordnung und die persönlichen Organe derselben verdächtigt und angeklagt werden, können sich von dem Mangel der Witschuld an gelegentlichen Ausbrüchen des Fanatismus Einzelner nicht befreien, weil die Schächer eben nicht in der Lage sind, alle Einzelnen in ihrer Hand zu behalten. Darum sind solche leidenschaftlichen Massenagitatorien, wie sie der Mainzer Katholikenverein und die sozialdemokratische Or-

ganisation zum Ziele genommen haben, für sich selbst verwerflich.“

Dem Bismarckischen „Saubirten“ sekundirt der sächsische Particularist Herr Bierer in den „Dresdener Nachrichten“, dem Lieblingsblatte des Louisihums:

„Und wer ist der Attentäter? Ein Ultramontaner und noch dazu Mitglied eines sozialdemokratisch angehauchten Gesellschaftenvereins! Beide Umstände müssen der Sache der Clerikalen und Sozialdemokraten in der öffentlichen Meinung schaden.“

Wie einig der bismarckische Reichsannektionist und der sächsische Particularist sind, wenn es an's Verleumdern der Sozialdemokratie geht!

Und diese verlogene, schamlose Sippkaste glaubt wohl, wir ließen uns mit ihr in eine Diskassion ein und wiesen ihr lang und breit nach, daß die Sozialdemokratie mit jenem „Attentat“ zu Riffingen Nichts zu thun habe? Fällt und gar nicht ein! Das hat die Sozialdemokratie gar nicht nötig gegenüber einer Klasse, in deren Mitte die notorischen Mörder des alten Kuffes heute noch als „Ehrenmänner“ wandeln und Ehrenstellen bekleiden!

Einige sehr bemerkenswerthe Geständnisse läßt sich die Bismarckische „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ entlocken in einem Artikel betitelt der „Bucher“. Glaube man nicht, daß da prinzipiell gegen den Bucher losgegangen wird — nein so „moralisch“ sind Bismarck's literarische Oberhausknechte nicht. Es wird nur gezammert, daß die Offiziere so oft in die Hände der Bucherer fallen, und zwar durch die famose Institution der „Ehrenschneide“, welche in Folge der „Standeschre“ im Schwange sind. Zu dieser „Standeschre“ gibt das Blatt gleich folgende Illustration:

Nicht selten kommt auch dieser Fall vor: Ein Unterhändler kommt zu einem Fähnrich, der die Aussicht hat, in wenig Wochen Offizier zu werden, und bietet ihm Geld auf Wechsel an. Als das Papier unterzeichnet werden soll, wird der Faktor plötzlich bedenklich und erklärt, er dürfe nur einem Offizier Kredit geben. Die Sache sei aber sehr einfach; da der Herr Fähnrich in 14 Tagen Lieutenant sei, so möge er nur „Lieutenant“ unterschreiben. War der Fähnrich so unbegreiflich leichtsinnig, so erscheint einige Tage später ein ganz fremder Mensch bei dem jungen Herrn und erpreßt mit dem Wechsel in der Hand unter Drohung der Denunziation morza Führung eines falschen Titels von demselben eine neue Unterschrift auf eine sehr bedeutende Summe lautend.

Also die Träger der „Standeschre“ geben sich „nicht selten“ mit ganz gewöhnlicher Urkundenfälschung ab. Und daran sind nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ natürlich nur die bösen Bucherer schuld und nicht die „unbegreiflich leichtsinnigen“ Offiziere, welche die „Standeschre“ zwingt, mehr Schulden zu machen, als sie „auf Ehre“ bezahlen können! Solche Posten treibt das „leitende Blatt“ der preussischen Politik. Weiter heißt es:

Als Commis voyageurs für dieselben (die Bucherer nämlich) fungiren ehemalige Offiziere, heruntergekommene und verkommene Adelige, denen es unter der Maske der theilnehmenden Kameradschaft leicht wird, unerfahrene junge Offiziere in die ausgefallene Rege zu treiben.

Von alledem merkt Herr Tessendorf Nichts, der jetzt zu viel Vereine aufzulösen hat, um sich mit andern Dingen beschäftigen zu können. Wir aber glauben, die „Standeschre“ sei durch Obiges genügend charakterisirt! Und das alles trotz der fünf Milliarden, trotz der Dotationen, trotz der „Rehabilitationsgelder“, trotz der zweiten Garnitur von Dotationen aus den Zinsen der ersten und trotz der Erhöhung sämtlicher Offiziersgehälter! Es bleibt eben nichts übrig, als daß Heine's Traum vom lieben Heergott verwirklicht wird, damit die Lieutenants den Champagner aus der Gasse schlürfen können. Sonst kommen die Bucherer nicht ab!

Für die gefangenen Pfaffen, die „Opfer“ des Bismarck'schen Kulturkampfes, ist natürlich das Martyrium äußerst werthvoll und sie bekommen darin einen Heiligenschein, mit Hilfe dessen sie hoffentlich, wie der heilige Antonius von Padua, bei der Nacht die Lampe ersparen. Kürzlich hat für den gefangenen Bischof von Paderborn ein frommer Gläubiger die Strafgeleber gezahlt und das Gericht hat sie angenommen, trotz des Protestes des Bischofes, der wohl fühlte, daß so sein Heiligenschein stören ging. Indeß — die Weisheit eines preussischen Appellationsgerichts kann Niemand ergründen. An dasselbe Gericht ist nun folgender Brief aus Rheda (Westphalen) gelangt:

„Am 30. v. M. bin ich wegen Verlesung des bischöflichen Hirtenbriefes vom 14. März a. e. von der Gerichtsdeputation Wiedenbrück und Rheda zu acht Tagen Festungshaft und Tragung der Kosten des Prozeßverfahrens verurtheilt worden. Da ich an einem sehr schmerzlichen Halsübel leide, und die Festungshaft auf meine Gesundheit, wie ich befürchte, höchst nachtheilig einwirken könnte, so erlaube ich mir, ein königliches Appellationsgericht gehorsamst zu bitten, fufend auf die Entscheidung hochdieselben in der bischöflichen Straf- resp. Passsache, mir hochgeneigtest mittheilen zu wollen, ob ich meine Festungshaft nicht durch einen Andern abblößen lassen kann. Es hat sich bereits ein Mitglied meiner Gemeinde dazu bereit erklärt, sowohl die Kosten zu tragen, als auch die mir zuerkannte Festungshaft abzusitzen.“

Indem ich königliches Appellationsgericht um hochgeneigte Resolution bitte, zeichne ich mit größter Hochachtung  
gehorsamst  
Eoers, Pfarrer.“

Der Wig ist nicht schlecht. Herr Generalstaatsanwalt Schwarz, in's Notizbuch für den Reichstag!

— Aus der „Weltstadt“ liefert die „Volkzeitung“ folgendes Kulturbild:

„Berliner Geheimnisse. Im Norden unserer Metropole existirt eine fast noch unbekante aus 9 Häusern — nein, Palästen bestehende Straße, die Doebergerstraße genannt. Sie bildet mit ihren Bewohnern fast eine eigene Stadt, denn diese neun Häuser werden von nicht als 4000 Menschen bewohnt. In dieser Straße bergen sich zum Schrecken und zur Verwirrung des Revier-Borstandes, der Beamten der Sitte und der Gemeinde-Direktion, die Prostitution, das Louisihum, die notorische Armut und das Verbrechen. So wurden neulich bei einer Razia, nicht ohne Kampf mit den Zahältern, 34 der Sittenpolizei unterstehende Frauenzimmer verhaftet und mit dem vom Volke benannten Jungfernwagen ihrem Gouvernament auf dem Wolkenmarke zugeführt.“

4000 Menschen in 9 Wohnungen! Stroußberg, herzlich, wenn er auch nicht 4000 Häuser hat, so hat er doch die Mittel, um für sich allein 4000 Häuser anzuschaffen. Ein Stroußberg ist in Bezug auf Wohnung unendlich besser gestellt, als 4000 Andere zusammen. Wenn man das Louisihum in der Doebergerstraße

beseitigen will, so wird wohl nichts anderes übrig bleiben, als „Louis“ und Diebe in der Doebergerstraße zu Scheimrath à la Wagener zu befördern. Dann brauchen sie nicht mehr zu stehlen, daß sie der Staatsanwalt fassen kann, dann können „gründen“ und haben ihr „Auskommen“ als „Ehrenmänner“ Sollten ihnen die langen Finger angeboren sein, so können sie solcher Stellung ungestraft ihrem „Vatertrieb“ huldigen.

— Ueber die Handhabung des Gesetzes, „die Kinderarbeit in den Fabriken“, in Crimmitschau schreibt der „Crimmitschau-Bürger- und Bauernfreund“:

„Schon mehrmals wurde in diesem Blatt über die Nichtbeachtung obengenannten Gesetzes, von hier sowie aus benachbarten Städten, berichtet. Gegenwärtig wird von den Zeitungen getheilt, daß die deutsch-preussische Regierung durch den Rath's-Ausschuß an alle Regierungen des deutschen Reichs das suchen gerichtet hat, ihre Meinungen über praktische Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Gesetzes über „die Kinderarbeit in den Fabriken“ einzusenden.“

„Wie gleichfalls berichtet wird, soll sehr viel Material eingegangen sein, welches man jetzt sichtet, um beim Reichstage, wo diesen Herbst wieder zusammentreten wird, eine darauf bezügliche Gesetzworlage einzubringen.“

„Nun, es wird Zeit, daß man sich dieses Gesetzes, welches doch bei Weitem größere Bedeutung für die Cultur des Volkes hat, als all der Kampf mit der katholischen Kirche, wenigstens weit annimmt, daß manche Herren Fabrikbesitzer die Ungehorsamkeit nicht mit allzugroßer Frechheit betreiben können, wie leider jetzt Thatsache ist.“

„Wenn die Arbeiter nicht ganz ihre Macht, welche dieselbe durch ihre Unentbehrlichkeit besitzen, durch ihre Nichtorganisirtheit verloren hätten, so könnten sie jetzt schon den Herren Fabrikbesitzer so weit, wie das Gesetz die Strafe für dreimaliges Uebertreten derselben in einem Zeitraum von 5 Jahren festsetzt, die Beachtung des Gesetzes aufzwingen, aber ein Zusammenstehen der Arbeiter für ihre Interessen gibt es leider nicht. Und so muß man sich ansehen, wie manche Herren Bourgeois, welche so gern in „Culturkampf“ machen, die Gesetze, welche die wahre Cultur des Reichs bedingen, und in welchen diese Herren in Wirklichkeit etwas zu können, mit Füßen treten. Hieran zu urtheilen, könnte man annehmen, es gibt gar keine Polizei; denn man möge sich einmal die Mühe geben und in den Fabriken zu Crimmitschau nachfragen, ob diesem eben hier in Rede stehenden Gesetze die gehörige Beachtung gewidmet wird; ich glaube, da wird man selbe Erfahrung machen, als wenn man sich nach dem Lande maße der sonst heiligen Bande bei dem Stublarbeiter erkundigt.“

„Schreiber dieses weiß selbst einen Fall, wo Kinder, von der Arbeit kamen, ein Gespräch über die Lohnverhältnisse führten, welches ein — schönes — Bild gab. Der eine gab eben seinen Wochenlohn auf 27 1/2 Mgr. per Woche an, dem Zusatz, da der andere das für sehr wenig anfab: „Ja, ich 12 Jahre bin, dann bekomme ich auch einen Thaler.“ Commentar hierzu ist nicht nötig.“

„Schreiber dieses glaubt, daß, wenn einmal eine strenge Kontrolle in hiesigen Fabriken gelbt würde, so viele Strafgeleber kommen würden, daß davon neben dem künftigen in Stadt zierenden Deakal ein Branzer errichtet werden könnte, welchem die Namen dieser Culturkämpfer auf eiserne Tafeln graben jedesmal 8 Tage lang zur Schan gestellt werden könnten.“

„Aber Euch, Arbeiter, rufe ich zu: „Organisirt Euch!“ Man Mann, Schulter an Schulter müssen wir jenen Menschen verbienen eigentlich diesen Namen nicht), welche verartige Dinge nicht beachten, sondern mit Füßen treten, uns entgegenstellen. Ist Pflicht für einen Jeden, der sich Mann nennen will, daß da eintritt, wo für Wahrung oder Zurückoberung solcher Rechte rechte gearbeitet werden soll; Pflicht auch für einen Jeden, den Stand der Ehe treten will, da es Pflicht für einen Vater, Frau und Kinder zu ernähren. Darum Arbeiter, nach Erstes, was wir zu thun haben, der „Culturkampf“ nach Freiheit für unsere Kinder sein, dann der nach Freiheit für unsere Frauen, Mädchen und Frauen, richte ich die Aufforderung, solchen Männern die Hand zu reichen, die sich nicht scheuen, einem solchen heiligen Kampfe Theil zu nehmen. Darum, Arbeiter, Mann, Frau, Jüngling und Jungfrau, eingetretene Gewerkschaft!“

Die Kinderarbeit ist eine der schneulichsten Ausgeburt kapitalistischen Produktion. Aber was kümmert das die Kapitalisten? Er braucht billige Arbeitskraft, und er nimmt sie, er sie findet, unbedünnter darum, ob die Arbeiterklasse von Generation zu Generation geistig und körperlich mehr und mehr verkommt. Mögen sich die Arbeiter von den „praktischen Maßnahmen“, die da vielleicht getroffen werden zur Aufrechterhaltung des Gesetzes „über die Kinderarbeit in den Fabriken“ nicht viel versprechen. Die preussisch-deutsche Regierung braucht „Recht“ für das stehende Heer; und die düstern immer rarer werden, jemehr die Kinderarbeit in den Fabriken um sich greift, das „Praktische“ der „Maßnahmen“ wird darin bestehen, daß mit möglicher Schonung der kapitalistischen Interessen an Aufrechterhaltung des Gesetzes über die Kinderarbeit in den Fabriken sehen wird. Die Arbeiter dagegen, die spielen keine Rolle, es ist richtig: nun und nimmer kann der heutige Staat Interessen der Gesamtheit vertreten, er höre sonst auf zu was er ist — ein Klassenstaat. Will die Arbeiter ihre Interessen in diesem Staate vertreten wissen, dann hat sie auf ihre eigene Kraft zu verlassen, und Kraft ist ihr nur gegeben in der Organisation. Darum rufen auch wir den Arbeiter zu: „Arbeiter: Mann, Frau, Jüngling und Jungfrau, eingetretene Gewerkschaft!“

Bei den Unruhen um Königsberg spielt die Kreisordnung eine die liberalen Bewunderer dieser „Reform“ in Verlegenheit setzende Rolle. Es ist Thatsache, daß die Arbeiter und kleinen Bauern durch die Kreisordnung den Vorstehern und Gutsherrn auf Gnade und Ungnade überlassen sind; und die Doeberauer „Rebellen“ hatten ganz Recht, sie sagten, man wolle sie wieder in die alte Leibeigenen zurückführen. Wi: eine gewiß unverdächtige Zeugin, die Doeberger Hartung'sche Zeitung“ versichert, „sind die Klagen Landräte über Ausschreitungen der Amtsvorsteher, besonders Amtschreiber prof.“ Diese Amtsvorsteher sind aber zum Theil besitzer, bei denen die Amtseingekessenen in Dienst und Lohn so daß die Hn. Gutsherr-Amtsvorsteher in zahlreichen Fällen in eigener Sache riaten und strafen, also Kläger, Richter, Strafpolizist in einer Person sind — ein jedem Grundlag Hohn sprechender Zustand. Daß die Amtsvorsteher ähnlich mißbraucht worden ist, und zahlreiche willkürliche Verurteilungen stattgefunden haben, wird indirekt auch von dem Rath des Kreises Königsberg in seinem Erlaß vom 7. v. zugestanden.



und zwar durch folgenden Passus: „Bei der Neuheit und Unge-  
wohntheit der Einrichtung der Amtspolizei wird es sich aber auch  
empfehlen, darauf aufmerksam zu machen, daß Beschwerden über  
die Handhabung der Polizei nach wie vor beim Landrath anzu-  
bringen sind und ich angeordnet habe, um stets Ueberblick über  
das, was im Kreise vorgeht, zu haben, daß mir von jeder vor-  
läufigen polizeilichen Inhaftierung, sowie von jeder festgesetzten  
polizeilichen Gefängnisstrafe, unter Angabe der Person, des Grundes  
und der Dauer der Haft resp. Strafe sofort Bericht erstattet wird.“  
Nun, obgleich nun hier das Uebel ziemlich unverblümt anerkannt  
ist, wird doch die „Rebellen“, welche sich gegen das Uebel auf-  
lehnten, mit der Schärfe des Schwerts — treffen. Das  
ist so der Lauf dieser besten der Welten.

— Man schreibt uns aus Luze (Böhmen) unterm 6. Juli:  
„In unserem Königreich beginnt es auf dem politischen Gebiet  
etwas lebendiger zu werden als je zuvor. Das Volk lernt ein-  
sehen, daß die seitherige Taktik seiner Führer nichts nur nicht ge-  
bessert, im Gegenteil von Tag zu Tag die sozialen, politischen,  
religiösen und wissenschaftlichen Verhältnisse bedeutend verschlimmert  
hat. Vor ungefähr einem Jahre ist es unter den tschechischen  
Abgeordneten zur Spaltung gekommen; ein Theil war für Be-  
schlaffung des Landtags, überhaupt für die Aktivitäts-Politik, da  
sie hinreichend die Erfahrung gemacht haben, daß die österreichische  
Staatsmaschine doch ohne die tschechischen Abgeordneten arbeiten  
kann, umso mehr, als die Opposition, schwach wie sie ist, dem reak-  
tionären Geiste nicht Stand halten kann. Auch hofft die Aktivi-  
tätspartei (welche nebebei bemerkt weder Organisation noch Pro-  
gramm hat!) unter den Deutschen Gesinnungsgenossen zu finden.  
Der andere Theil will die Passivitäts-Politik (Organ „Politik“)  
oder die Politik des Nichtstuns. Es wird sich aber Niemand  
darüber wundern, der weiß, daß die Passivisten aus kleinen,  
höheren und allerhöchsten Dingen bestehen. Es versteht sich von  
selbst, daß wir Arbeiter, das Volk, mit den Eszignanten über-  
einstimmen, denn mit dem Sichgehenlassen der Dinge wird nichts  
erreicht. Aber verhehlen dürfen wir uns nicht, wenn wir die in  
allen böhmischen Blättern veröffentlichte Kandidatenliste von links  
und rechts überschauen, daß wir es mit der — im weitgehendsten  
politischen Sinne des Wortes — Bourgeoisie zu thun haben.

Seit der 80-jährigen Herrschaft der Bourgeoisie haben wir  
hinlänglich die Ueberzeugung gewinnen können, was die Bourgeoisie,  
die sich ja auch gern Republikaner, Radikale, Demokraten oder  
Liberalen nennen, unter dem Wort „Freiheit“ verstehen: sie wollen  
die Freiheit für sich, aber Unfreiheit für die Arbeiter. Treffend  
sagte es den Bourgeois im deutschen Reichstag unser Freund  
Rebel: „Sie gehen weder in's Wasser noch in's Feuer für die  
Freiheit; Sie lieben die Freiheit wie man ein Stück Möbel liebt.“  
Die besitzende Klasse trachtet nur für sich nach der Freiheit.

Daß wir nicht Anlaß haben, von unseren Volkstrettern oder  
Jungtschechen, die uns liberalen sich nennen, viel Freiheit zu  
erwarten, wird jedem klar sein, der die liberal sein sollende und  
wollende „Narodni Listy“, das größte böhmische Organ, liest.  
In genannter Zeitung findet man niemals einen Beitrag zur  
Beseitigung des Elends, in welchem das Volk steht, jedoch aber  
regelmäßig die Hoffnung ausgesprochen, wenn irgendwo einen  
Anstand die besitzende Klasse beschließt, daß es der Polizei ge-  
lingen werde, denselben zu unterdrücken. Und wenn gar die ellen-  
langen Leitartikel über die Annäherung der französischen Republik  
die Augen nicht öffnen, der ist überhaupt nicht im Stande, selbst-  
ständig zu denken. Der Inhalt der in Rede stehenden Artikel  
läßt sich in folgendem zusammenfassen: Die Kommunisten sind  
das allerschlechte, vaterlandslose, unpatriotische Petrol- und  
und dergl. Thier ist unser Gott, er ist der freisinnigste, voll  
heiliger Liebe für das Vaterland und überhaupt der gerechteste  
Mann von der Welt, und Gambetta ist sein Prophet! Die  
Kriegermelange der Tausenden von Weibern und Kindern war  
Patriotismus.

Das Schlimmste ist, daß unser Organ „Delnich Listy“ zur  
Berichtigung nichts thun kann. So waren z. B. in Nr. 9 sämt-  
liche Artikel bis auf einige Lokalkorrespondenzen der Cenfur  
verfallen. Nr. 10 dergleichen. Nr. 11 blieb vollständig aus und  
erst Nr. 12 fand Gnade. Bourgeoisblätter beschimpfen uns, und  
wir dürfen uns nicht vertheidigen. So im Königreich Böhmen  
im Jahre 1874. Die hochverrätherischen Artikel waren folgende:  
1) Sozialismus und Kommunismus. 2) Der Kongress der öster-  
reichischen Arbeiter. 3) Die Einheit der österreichischen Arbeiter.  
4) Die Verhältnisse der Metallarbeiter in Prag und Umgebung.  
Wir slavischen Arbeiter müssen, um nicht geprellt zu werden,  
unsere freisinnigstehenden Liberalen stark bewachen, damit sie die  
versprochenen Freiheiten, wie Wahlrecht, unentgeltlichen Schul-  
unterricht (mehr haben sie noch nicht zugesagt) unverfälscht dem  
Volke geben. Wir wollen also sehen, ob unsere Jungtschechen von  
anderem Kaliber sind als Lakse und Consorten.

— Unterm 16. Juli meldet man uns aus Graz die Auf-  
lösung des dortigen Arbeiterbildungsvereins und der sämtlichen  
Bachvereine; Hausdurchsuchungen fanden statt und was der Polizei in  
den Kram zu passen schien, wurde konfisziert. Das Militär war  
konfignirt und mit schärfen Patronen versehen, außerdem waren  
zur Verstärkung noch zwei Compagnien Infanterie requirirt wor-  
den. Trotz dieser Provokationen verhielten sich die Arbeiter ruhig;  
das hohe Ziel der Befreiung der Arbeiterklasse im Auge, gelüftete  
ihnen nicht darnach, unnützig Weise ihr Blut zu vergießen.

### Schüler Kongress der social-demokratischen Arbeiterpartei.

Die Vorversammlung wird Sonnabend Abends um 9 Uhr —  
in Rücksicht auf des Eintreffens des letzten Bahnzugs um 2 Stun-  
den später als im Programm festgesetzt — von Geib mit einer  
kurzen Ansprache eröffnet, in welcher er die Zuversicht ausdrückt,  
daß der Kongress seine Aufgabe trotz der schwierigen Zeitverhält-  
nisse zum Vortheil der Partei erledigen werde. Hierauf ergriff  
unser Veteran Wintersberg das Wort, um im Namen der  
Coburger Mitglieder die Delegirten zu begrüßen. Nach einem  
wohlgeleiteten Willkommenswort des Sängers des Coburger Arbeiter-  
vereins wurde zur Wahl des Bureaus geschritten. Mit Akklima-  
tion wurde, nachdem Geib als Sekretär und Vertreter des Aus-  
schusses den Vorsitz abgetreten, Bahleisch zum ersten, Wotteler  
zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Ob sich hierauf Dr. Sy,  
Wahlhorn, Bernstein, Burckhardt, Dr. Staum und  
Tauscher zu Schriftführern und Eckstein zur Führung der Red-  
nerliste vor Angenommen. Die Mandatprüfungskommission wird  
zusammengesetzt aus 5 Mitgliedern: Auer, Geib und Ried und  
soll dieselbe ihre Funktionen bis 11 Uhr folgenden Tage (Son-  
ntag) erledigen. Betreffs der in der öffentlichen Volksversam-  
lung zu beantragenden Resolutionen wird festgesetzt, daß die Re-

ferenten und Correferenten Lieblich und Wotteler (politische  
Stellung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei) Jock und Grillen-  
berger (die industrielle und ländliche Arbeiterfrage) sich eine halbe  
Stunde vor Beginn der Volksversammlung, also um halb 3 Uhr  
Nachmittags, Sonntag, zusammentreten um sich über den Wort-  
laut zu verständigen.

Die Reihenfolge der Tagesordnung und Geschäftsordnung wird  
wie folgt festgesetzt: 1) Bericht des Ausschusses und der Control-  
kommission; 2) Bericht der Mandatprüfungskommission; 3) Bericht  
über den Stand der Parteiblätter „Volkstaat“ und „Sozialdemo-  
kratisches Wochenblatt“; Anträge hierzu; 4) Wahl des Parteivor-  
orts, sowie des Orts der Controlkommission. — Die Reihenfolge  
der übrigen Punkte wird späterer Beschlussfassung vorbehalten.

Nachdem noch beschlossen worden, daß Anmeldungen zum Wort  
schriftlich einzureichen, daß die Redezeit, vorbehaltlich sich etwa als  
nothwendig ergebender besonderer Ausnahmefälle, auf 5 Minuten  
zu beschränken, und daß kein Redner über denselben Punkt der  
Tagesordnung mehr als 3 Mal das Wort ergreifen könne, wird  
die Vorversammlung gegen 11 Uhr geschlossen.  
Anwesend waren 50—60 Delegirte.

### Gewerkszenossenschaftliches.

Gewerkszenossenschaft der Maurer u. Zimmerer.

Nürnberg. An die Gewerkschaft nach Gotha sind nicht 7 Thlr.  
8 Ngr., wie in Nr. 79 des „Volkstaat“ angegeben ist, sondern  
7 Gld. 8 kr. gefandt worden.

Johann Kalb, Bevollm., Schlingingerweg 65.

### Correspondenzen.

Waldheim, 14. Juli. Nicht länger kann ich über die Pflicht-  
vergessenheit unserer hiesigen Parteigenossen schweigen, wenn ich  
nicht selbst der Pflichtverletzung mißthätig werden will; unsere  
Partei ist eine Partei des Kampfes gegen alles Unrechte, Unwahre,  
und so halte ich es für meine Pflicht, als Kampfgenosse mich  
zunächst gegen das Unwahre im engern Familienkreise, gegen unsere  
unrechten Parteigenossen zu wenden. Schon seit geraumer Zeit ist  
uns durch „übermäßige“ Theilnahme die Versammlung unmöglich  
geworden, erst vor 8 Tagen hatten wir wieder eine täglich be-  
suchte Versammlung. Der Eine stößt sich an zweideutige Personen,  
dem Andern paßt das Lokal nicht, der Dritte will nicht gern einen  
schönen Sommerabend opfern; ein Viertes grollt, daß wir keine  
Volksversammlung zu Stande bringen u. s. f. In den meisten  
Fällen scheint es mir Furcht zu sein, sich zu compromittiren.  
Einige Fälle gibt es auch, wo nothwendige Arbeit oder Krankheit,  
Geschäftsreisen entschuldigen. Die Wenigen, welche noch die Ver-  
sammlungen besuchen, kommen so spät, daß der Ueberwache die  
Eröffnung nicht mehr gestattet. Noch einige bezahlen nicht einmal  
die paar Pfennige Steuer. — Wo seid Ihr alte bekannte Ge-  
sichter, die Ihr Euch, gleichsam wie zum Scherz, die Hand gereicht  
habt, mit dem Versprechen, die Parteimitgliedschaft Waldheim  
wieder zu verjüngen? Habt Ihr diesen feierlichen Act so schnell  
vergesen? Ihr zahlt eure Steuern. Damit ist's nicht allein  
gethan; nicht halbe, ganze Parteigenossen laßt uns sein, auf daß  
wir der Welt ein gutes Beispiel geben. Nicht dadurch, daß Ihr  
Euch zurückzieht, könnt Ihr der Partei nützen; wenn Ihr da seid,  
könnt Ihr einen moralischen Druck ausüben auf die schwankenden  
Elemente, durch musterhafte Pflächterfüllung könnt Ihr die Mit-  
gliedschaft säubern. — Wo seid Ihr, die Ihr das Zeitungsjournal  
angeregt habt, wodurch wir uns so unsterblich blamirten? Wenn  
Ihr nicht einen schönen Abend zum Opfer bringen könnt, wie  
wolltet Ihr die riesenhaften Opfer, welche eine Arbeiterzeitung  
beansprucht, zu bringen im Stande sein (Dieselbe Frage richte ich  
an die Steuerrestanten). Habt Ihr denn aus unsern Kämpfen  
Nichts gelernt? Wir brauchen nicht so weit zurückzugreifen; ab-  
gesehen von der Pariser Commune, da habt Ihr einen Franz  
Bourgeois, welcher als geistiger Proletarier seiner Ueberzeugung zum  
Opfer fiel, da habt Ihr einen Räuber, der dem Eifer seiner guten  
Sache unterlag; und da hat unsere Partei Beispiele genug an  
Leuten, welche lieber ihr Leben im Gefängnisse vertrauern, als  
daß sie der begeisterten Freiheitsidee abträuglich würden und sich  
ein gemächliches Dasein verschaffen wie Andere, die für Geld  
Lügen schmieden. Jenen braven Männern paßt jedes Lokal, auch  
das Gefängniß, wo es gilt, unsere Interessen zu wahren. Wollt  
Ihr noch Beispiele? Blickt nach München, Nürnberg, Königsberg,  
jene Genossen verzweifeln sich im heiligen Kampfe, während wir  
uns feig verziehen, wo noch keine Gefahr vorhanden ist, während  
wir den Posten verlassen, wo uns noch kein Feind auf den Leib  
rückt. Eine leere Rede ist es auch, wenn man entfristet jurist-  
riert, weil keine Volksversammlung zu Stande kommt. Wir können  
doch keinen Agitator aus der Erd stampfen? Seid Ihr denn  
Erfolganehmer? Verständigt Euch über diesen Punkt mit der  
Polizei, welche alle unsere Redner abfängt. Das Waldheimer  
Proletariat müßte bald wissen, um was es sich handelt, denn die  
tüchtigsten Kräfte haben wir hier gehabt, und wenn das unser  
Zweck ist, Reden zu hören, so kommen wir nicht zur That.  
Reden machen den Volkstaat nicht aus, sondern vernünftige Or-  
ganisation. Hier wird eine niedliche Anzahl Arbeiterblätter gelesen.  
Allein wo bleiben die Leser? Wenn die Leser alle sich vereinigen  
(und sie müßten doch unsern Zweck kennen), so hätten wir eine  
ansehnliche Mitgliedschaft. So richtet der Einzelne nicht viel aus  
und wird desto mehr verfolgt, weil die Masse fehlt, die Masse  
kann man nicht so leicht erdrücken. Lange war ich im Zweifel,  
ob ich für unser Ortsinteresse den „Volkstaat“ so sehr in An-  
spruch nehmen durfte, allein das Hiergelegte paßt auch noch auf  
manchen Leser außerhalb Waldheims. Jeder sollte sich bestreben,  
neue Mitglieder anzuworben, so fehlen noch Viele, die sich Sozial-  
demokraten nennen! Steuern zahlen, in den Versammlungen mit-  
wirken, jedes Sonderinteresse dem Parteinteresse zu opfern, auf  
gesetlichem Wege die Freiheit erzielen, das verlange ich von Euch,  
oder ich sage es Euch in's Angesicht: Ihr seid keine Sozial-  
demokraten.  
Adolph Lepp.

Altenburg, 20. Juni. Die Agitation in der Partei.  
Auf die verschiedenartige Weise wurde schon über Agitation  
gesprochen, sowohl in Zeitungen, als auch in Versammlungen und  
auch auf den Bierbänken. Auf welche Weise von gewissen Seiten  
agitirt wird, mit welchen Mitteln gewisse Parteien ihre Ziele zu  
erreichen suchen, mit welcher Kraftanstrengung man bei Wahlen  
seine Candidaten durchzusetzen sucht, daß ist ganz bestimmt fast  
jedem bekannt. Es haben ja die Meisten selbst schon solche  
Gatstropfen durchgemacht. Was bieten z. B. die Nationallibe-  
ralen auf wenn es gilt, ihre „Volkvertreter“ — man möchte  
fast lieber sagen „Volkserreiter“ — in den Reichs- oder Land-  
tag zu bringen. Drängt sich da Einem nicht unwillkürlich die  
Frage auf: „Wie steht es denn mit der Agitation in der social-  
demokratischen Partei?“ Die Antwort auf diese Frage dürfte

gerade nicht sehr günstig ausfallen. Freilich mag man darauf  
antworten, daß das Resultat der letzten Reichstagswahlen ein  
sprechender Beweis dafür ist, daß von unserer Partei keine  
Ruhe und keine Gefahr gefehlt wurde, um wahre Volks-  
vertreter, unermüdete Kämpfer für Recht und Wahr-  
heit in den Reichstag, von dem das Wohl und Wehe des Volkes  
abhängt, zu schicken. Das ist ganz richtig; das Resultat ist auch  
ein sehr erfreuliches. Ist es aber nicht unbedingt nothwendig, auch  
in ruhigeren Zeiten allerorts für die Verbreitung unserer ge-  
rechten Sache zu wirken? Dieses muß jeder Parteigenosse als  
unumgänglich nothwendig bezeichnen. Man betrachte sich Ultra-  
montanismus und Liberalismus, mit welcher Mühseligkeit arbeiten sie  
allerorts für ihre Parteinteressen. Der letztere wird von den  
Regierungen auf alle Art und Weise begünstigt. — Wie verhalten  
sich die Regierungen gegen die Socialdemokratie? Daß sie diese  
nicht unterstützen, das läßt sich ja gar nicht anders denken; man  
läßt sie ja nicht einmal wirken wie die andern Parteien, sondern  
sie streben dahin, die Socialdemokratie auszurotten, zu  
vernichten, aber die Herren machen die Rechnung ohne den Wirth.  
— Man kann allerdings diese Leute einlernen, auf jegliche Weise  
verfolgen, aber ihre Ueberzeugung ist zu fest eingewurzelt, als daß  
man sie ihnen dadurch entreißen könnte. — Ist es da nicht noth-  
wendig, mit viel größerem Eifer allerorts zu wirken in unserer  
Partei, als unsere Gegner; ja es ist die unmittelbare Folge, wenn  
man die Verfolgungen, die gegen die Socialdemokratie eingeleitet  
sind, und noch eingeleitet werden, in's Auge faßt. Bedarf es nicht  
immer eines Ansehens, einer Auspornung, um nicht zurückzutreten  
von dem Kampfgesilde des Rechts. Müssen nicht kleinere Mitglie-  
dschaften gestärkt und gekräftigt werden, auf daß sie nicht noch  
kleiner werden, oder ganz verschwinden, sondern damit sie in die Höhe  
kommen, feste Wurzeln fassen und frische Zweige treiben. — Sehr  
zu beherzigen sind für uns die Worte des Mannes des Schwei-  
gens“ — genannt Molke — welche derselbe: ausdrückte gelegentlich  
einer Berathung des Militärgesetzes, und welche lauten: „Schützen  
wir das, was wir in einem halben Jahre errungen (er spielte  
nämlich auf die „Einverleibung Esch-Pöthringens“ an) ein halbes  
Jahrhundert mit unseren Bajonetten! — Allerdings haben wir  
nichts mit Bajonetten zu beschließen, aber auf andere Weise können  
wir unsere kleineren Mitgliedschaften nicht nur vor allensätziger  
Berminberung schützen, sondern sogar kräftigen. Auf welche Weise  
dieses geschehen könnte, ist gar nicht schwer zu enträtheln. Man  
schicke von maßgebender Seite Agitatoren auch öfters in klei-  
nere Mitgliedschaften, dann werden dieselben doch wenigstens  
kleiner an Anzahl, sondern es wird auch noch gar Mancher, der  
noch nicht bei unserer Fahne ist, sich uns anschließen; es werden  
auch solche, die noch nicht fest genug sind, hereinbrechenden Stür-  
men trotzen und begeistert und angespornt werden für die ge-  
rechte Sache. Alt, aber auch wahr ist das Sprichwort: „Ein  
Baum, der gute Früchte tragen soll, muß auch sorgsam gepflegt  
werden!“ Gar mancher Boden befindet sich noch im deutschen  
Reich, der fruchtbringend wäre für unsere Partei, es fehlt ihm  
nur regelmäßige und richtige Bearbeitung. So z. B.  
möchte ich anführen die Stadt Altenburg. Auch in ihr befinden  
sich eifrige und unermüdete Kämpfer für die Socialdemokratie.  
Leider aber nur eine geringe Anzahl. Würde diese Stadt vielleicht  
alle vier bis sechs Wochen einen Agitator unserer Partei als Re-  
ferenten über irgend welchen Punkt erhalten, die Mitgliedschaft  
würde ganz bestimmt gehoben werden; diese Versicherung glaube  
ich geben zu können. Erst vor Kurzem wurde von den Mitglie-  
dern der Socialdemokratie obengenannter Stadt eine öffentliche  
Mitgliederversammlung einberufen; als Tagesordnung figurirte:  
„Ueber die verflozene Reichstagsession“, als Referent hierüber  
wollte ein Agitator erscheinen. Die auf den vom Referenten an-  
gegebenen Tag anberaumte Versammlung war ganz neit besucht,  
aber — der erwartete Referent erschien nicht. Kar der Unsticht  
des Vertrauensmannes derselben ist es zuzuschreiben, daß diese Ver-  
sammlung nicht Fladlo gemacht; er bereitete sich nämlich auf einen  
möglichst hohen eintretenden Fall vor, und referirte in ge-  
lungener Weise über oben angegebenes Thema. Hier muß ich noch  
einsprechen, daß schon ein ähnlicher Fall dagewesen ist; ein hiezu  
verschiedener Redner erschien wohl, aber ein Stück Zeit später  
als angegeben und die Versammelten warteten darauf. Daß mehrere  
solche Fälle dazu angethan wären, einer ohnedies nicht großen  
Mitgliedschaft den Todesstreich baldigt zu verlegen, das ist gar zu  
leicht möglich. Trage man Sorge, daß man Agitatoren  
auch kleineren Mitgliedschaften von Zeit zu Zeit schicke,  
man vergesse aber auch nicht oben angeführte Stadt.  
Daß dieser Boden für eine Arbeiterbewegung nicht unfruchtbar  
ist, das beweist das nette Contingent des Allgemeinen deut-  
schen Arbeiter-Vereins“, das sie stellt. Die guten Folgen werden nicht  
ausbleiben, es wird noch mancher uns Herustehende sich zu unserer  
Fahne begeben, und daß wir recht stark werden mögen, das ist ja  
jedem Parteigenossen Wunsch. Sind wir dieses einmal, dann  
können wir allen Stürmen ruhig die Stirne bieten, dann werden  
auch bessere Tage für das Volk kommen. — Auf Ihr Arbeiter,  
rafft Euch um das Banner des Rechts und der Freiheit  
und einigt Euch!  
A. W.

Erlangen, 12. Juli. Wie vor einiger Zeit schon im „Volk-  
staat“ bekannt gegeben wurde, ist die hiesige Partei durch „Bols-  
trafsbeschlus“ am 2. Mai aufgehoben und gegen sämtliche Mit-  
glieder der Partei Strafanzug gestellt worden. Der Vertrauens-  
mann legte sofort Recurs bei der kgl. Regierung ein, aber bis  
jetzt ist noch kein Bescheid eingetroffen. Wir hielten am 21. vor-  
monats eine Volksversammlung ab, in welcher Parteigenosse  
Grillenberger aus Nürnberg und Löwenstein aus Firth referiren  
sollten. Tagesordnung war: „Das bayerische Vereins- und Ver-  
sammlungsrecht, und dessen Anwendung auf verschiedene politische  
Corporationen.“ Besucht war die Versammlung trotz des schönen  
Wetters von nahezu 400 Personen. Nachdem als erster Referent  
Grillenberger beinahe 2 Stunden gesprochen, fiel es auf einmal  
dem anwesenden Polizeikommissar ein, die Versammlung zu schließen.  
Grund dazu war wahrlich nicht vorhanden, oder es müßte die  
Aussprechung des Referenten dem Commissar nicht zugesagt haben,  
die derselbe unter Hinweis auf die Zuschrift des Magistrats, worin  
wie als sicherheitsgefährlich hingestellt wurden, that: Er sehe darin  
gleichsam eine Beleidigung des arbeitenden Volkes, da man an-  
nehmen könne, die Arbeiter wären lauter Räuber und Spießbuben.  
Der Polizeikommissar forderte sofort den 1. Vorsitzenden, Herrn  
Löwenstein, auf, dem Redner das Wort zu entziehen, was selbst-  
verständlich der Vorsitzende nicht that, worauf die Versammlung  
geschlossen wurde. Gleich darauf, am 27. Juni, wurde eine zweite  
Versammlung einberufen. Als erster Punkt der Tagesordnung  
figurirte die Auflösung der letzten Volksversammlung, und wieder  
referirte Grillenberger. Merkwürdigerweise gebrauchte er dieselben  
obigen Worte, und derselbe Commissar war anwesend und die  
Versammlung wurde nicht geschlossen. Es schien, als hätte der  
Commissar seinen Mißgriff eingesehen. Wir hatten den Nutzen,  
daß die Versammlung von nahezu 700 Personen besucht war,



was wir der Agitation der Polizei zu verdanken hatten. Die Verhöre beim Untersuchungsrichter haben am 21. Juni begonnen, der Vertrauensmann, welcher die Mitgliederliste nicht hergab, macht es den Leuten sehr schwer. Jeder, der nur ein wenig als „Petroleur“ verdächtig erscheint, wird sofort angezeigt und zum Untersuchungsrichter citirt. Derselbe ist alle Wochen dreimal hier in Erlangen und sind schon über 50 Mann verhört worden, worunter sich sehr viele befinden, die gar nicht Mitglieder sind. Sogar Gemeindevollmächtigte kamen schon an die Reihe. Auch war unser Bürgermeister Reinhold sogar so freundlich, und stellte dem Untersuchungsrichter im Rathhaus ein Zimmer zur Verfügung. Also muß die Gemeinde selbst noch dem Staat die Unkosten ersparen. Nun, wir haben nur ein mittelweises Lächeln für die Aufmerksamkeiten unseres Reinhold, denn der Mann muß noch viel lernen, bevor er die Stadt Erlangen von den Sozialdemokraten befreit.

**Wiesbaden, 2. Juli.** Gestern Abend wurde den hiesigen Wählern das hohe Glück zu theil, ihren Reichstagsabgeordneten Herrn Schulze-Delitzsch in ihrer Mitte zu haben, um von ihm den Bericht über die in der Geschichte hoch da stehende 3a-Session des deutschen Reichstages zu empfangen. Die Thematika, welche sich derselbe gewählt, bestanden aus drei Punkten, und zwar: Bericht 1) über das Contractbruchgesetz; 2) über das Militärstrafgesetz und 3) über das Expropriationsgesetz renitenter Geistlicher (Glieder d. r. Raigefetze). Bevor wir auf die Kritik dieses Vortrages eingehen, müssen wir zuerst unsere Bewunderung aussprechen, daß wir eine der vornehmsten Gesetze, welches in dieser Session zur Verhandlung kam und das die größte und höchste Bedeutung in jedem Culturleben einnimmt, sowohl auf dem Programm als auch in dem ganzen Vortrag gänzlich vermißt und mit keiner Silbe erwähnt fanden, und zwar das Preßgesetz. Schon das Zustandekommen dieses Gesetzes und die Stellung, welche die Fortschrittspartei hierzu eingenommen, veranlaßt uns zu der Vermuthung, daß Herr Schulze zu den oben angeführten Punkten schon zu viel „expetitorien“ mußte, um noch diesem Gesetze ein Schöngedächtniß ausleben zu können. Was liegt auch diesen Herren an Preßfreiheit, wenn nur der Vortheil des „Säckels“ dabei herauskommt; und dieser Vortheil, welchen die Aufhebung der Cautions- und Stempelfiscus involviret, berechtigt schon die Großmogule der servilen und Reptilienpresse, sich dann einen eigenen Begriff von dieser Freiheit zu machen, welche darin hauptsächlich besteht, alles nicht in ihrem Kram passende zu begeißeln und nach oben zu lobhudeln. Durch diese Tendenz der Mehrzahl der heutigen Tagesliteratur ist es freilich eine absolute Unmöglichkeit, jemals die Härte der schlüpfrigen Paragraphen dieses Gesetzes kennen zu lernen, also bleiben bloß die Oppositionsblätter übrig, denen diese seidene Binde zugezogen ist. Und in der That, zwei Fliegen auf einen Schlag: materieller Gewinnst — Knebelung der Arbeiterpresse!

Kommen wir jetzt zum Vortrag selbst zurück. Hätte Referent Punkt 1 des Contractbruchgesetzes objectiv behandelt, würden wir die Ausführungen in ihren Grundzügen acceptirt haben, da dieselben insofern mit unseren Bestrebungen identisch sind, als sie in dem Rahmen stehen bleiben: „Wir brauchen keine Beschränkung der Coalitionsfreiheit — also fort mit diesem gegen die Proletariat gerichteten Ausnahmengesetz!“ Aber wie die Dinge lagen (was uns allerdings schon zur zweiten Natur geworden), konnte es Herr Schulze nicht übers Herz bringen, die „böse Sozialdemokratie“ wieder einmal „derb abzukanzeln“. Hr. Schulze machte bei dieser Gelegenheit auf uns den Eindruck mehr eines Postenreiters, als er auf dem Ratheder mit denunziatorisch-deklamatorischer Stimme, gewürzt mit einem cynischen Lächeln, dem Spießbürgerthum begreiflich zu machen suchte, daß unsere Bestrebungen sich außerhalb des Rechtsbodens bewegen, „denn, kalkalirte Hr. Schulze, die beständige Klasse wird doch unmöglich gutwillig ihr Vermögen herausgeben, damit an Stelle der Ordnung (!) die kommunistische Anarchie trete!“ Hr. Schulze weiß so gut wie wir, daß dies Blech ist, aber der Hauptzweck wird dadurch erfüllt — es wird von den Bourgeois geklärt.

Auch die Schlagwörter „Selbsthilfe“, „Staatshilfe“ spielten eine bedeutende Rolle. Der „jugendliche Alte“ (wie er in den hiesigen Blättern genannt wird) scheint nicht zu wissen, daß bei uns diese Schlagwörter in ihrer früheren Bedeutung längst abgethan sind. Diese theoretische Streitfrage kann dann ausgetragen werden, wenn wir der sozialen und politischen Gestaltung ein anderes Gewand gegeben haben. Ueber die Selbsthilfeänderung (als als Anwalt der deutschen Genossenschaften, Präses des Vereins für Volksbildung, Reichs- u. Abgeordneter u. s. w.), welche eine geraume Zeit in Anspruch nahm, gehen wir hinweg bis zu einer Bemerkung, welche eigentlich zu den drastisch-komischen Genialitäten des Herrn Anwalts gehört. In folgenden prophetisch klingenden Worten wurde unser Parteientgang deklamirt: „Werden aber diese verführten Arbeiter einsehen, daß die Bestrebungen der Sozialdemokratie nicht realisiert werden können und es nur bei den Besprechungen bleibt, werden sie sich von denselben abwenden und sich wieder der gesunden (wer laßt da?) Arbeiterbewegung anschließen!“ Wirklich recht rührend. Der soziale Pseudo-Papst will die armen im Fegfeuer schmorenden Keger wieder in den alleinseligmachenden Schafstall zurückführen! Sie haben aber vergessen, Herr Schulze, daß dieser Anspruch bei Ihnen zur That geworden, daß ein großer Theil Sozialdemokraten früher sich zu Ihrer Partei bekannte, sie haben aber eingesehen, daß das soziale Problem durch Ihre Quacksalberei nicht gelöst wird, und haben sich deshalb uns angeschlossen, da wir ihnen eine Garantie bieten zur Abschüttelung des ehernen Lohngesetzes, als Sie mit Ihrem sozialen Hildmei!

Noch näher auf diese lazen Definitionen des Herrn Schulze über diesen Punkt einzugehen, halten wir für überflüssig, da nicht allein wir überzeugt sind, daß seine Theorien (wenn man sie überhaupt so benennen kann) in die Rumpfkammer der sozialen Pharmacie gehören, sondern auch wissenschaftliche Capacitäten, worunter selbst seine früheren Anhänger, die die soziale Frage aber studirt haben und in Etwas von dem Niveau der Unparteilichkeit urtheilen, mit uns darin übereinstimmen, daß er die soziale Bewegung in ihrem ganzen Umfange gar nicht begreift. Die Kritik über das Referat des Militärstrafgesetzes könnte man eigentlich in etliche Worte zusammenfassen: „Es war ein Conglomerat von Widersprüchen.“ Die Einleitung hierzu bildete eine Reminiscenz über die glorreiche (!) Vergangenheit, welcher sich die Fortschrittspartei zu erfreuen habe, deren Widerstand gegen ein hartes Militärstrafgesetz schon von den früheren Jahren der preussischen Landtage her datire, und er theilte dann die Frage in zwei Glieder: Krieges- und Friedensstärke des Heeres. Nun führte er zu Ersterem aus, daß die kolossale Höhe des Heeres unbedingt nötig, um (wörtlich) „die feroceen Wünsche am Rhein in Respekt zu halten“ (sic), daß es ihnen nicht wieder gelüste zc. (folgen die bekannten Phrasen), also sei jeder Patriot bereit gewesen, die Vermehrung der Cadres zu acceptiren. Hier muß also die Heeresmacht vergrößert werden,

um die feroceen Wünsche (die Franzosen) in Respekt zu halten, weiter unten sagt er jedoch, er glaube gar nicht, daß von dieser Seite ein Angriff zu befürchten sei, „die hätten unter sich so viel zu thun“ u. s. w. Nur immer ein bißchen consequent, Herr Schulze! Also, trotzdem kein Anlaß zur Vermehrung des Heeres vorhanden, muß es aber doch geschähen. Logik der Herren Schulze und Consorten. Sic itar ad astra! (So steigt man zu den Sternen.) Also, daß die Vermehrung der Cadres sein mußte, wäre uns somit plausibel gemacht; so kämen wir denn nun an die Friedensstärke. Da deklamirte nun Herr Schulze, die ganzen liberalen Parteien seien einzig darüber gewesen, daß das dem deutschen Volke verfassungsmäßig gewährleistete Recht — Budgetrecht — auch in Zukunft müsse erhalten bleiben, daß ja der Reichstag die Opferwilligkeit schon zur Genüge gezeigt und daß, falls wieder eine Krisis eintreten sollte, der Reichstag ebenso einstimmig (?) wie im Jahre 70 auf die Vorlage der Regierung: „Wir brauchen 10 Millionen mehr“ — „Da habt ihr sie“; „wir brauchen 20 Millionen mehr“ — „da habt ihr sie“ u. s. f. antworten würde, und sie nur durch die Demonstrationen des Volkes (!) zu Gunsten der Regierung zum Nachgeben gezwungen worden. Nun suchte er mit einer rührenden Naivität zu beweisen, die Opferwilligkeit des Volks preisend, daß sie noch lange nicht so viel bewilligt, als sie eigentlich von ihren Wählern seien gedrängt worden. Es hätte wahrhaftig wenig gefehlt, daß die ganze fortschrittliche Zuhörerschaft Protobildstränen gemeint, ob dieser heroischen That ihres Abgeordneten. Sie gefallen uns immer besser; das ist doch nicht Ihr Ernst, Herr Schulze? Wer waren diese Leute, welche zu Gunsten der „ewigen Präsenzstärke“ Adressen fabricirt? Das Volk? Für diese dreiste Behauptung finden wir gar keinen Ausdruck, da uns die Tinte in der Feder stockt! Hätte diese Behauptung ein Bißblatt gebracht, würden wir sie am Plage gehalten haben, aber dies in einer Versammlung zu thun, dazu gehört eine dreiste Stirn. Wir wollen Ihnen, Herr Schulze, aus dem Traume helfen. Nicht die Adressen, sondern die Worte des von Majunke jedenfalls mit Irrthum sterblich genannten Kanzlers: „Ich kann mir die Lage der Dinge nicht gefallen lassen und kann meinen europäischen Ruf nicht opfern,“ genügt schon, um die Majorität für die Soldatenka gänzlich zu stimmen!

Nun kam noch eine längere Jeremiade — und sieh da, das Septennat stand wie es leibt und lebt vor unsern Augen! Noch sei es uns gestattet, zu dieser Sache zwei Ansprüche des Referenten zu verweigen: 1) „Wir müssen haushälterisch sein; es ist leider traurige Wahrheit, daß in unserem engeren Vaterlande 2000 Schullehrstellen gegenwärtig unbesetzt sind!“ Hier brauchen wir gewiß keinen Commentar hinzuzufügen. 2) führte Schulze aus, daß eine Bewilligung der geforderten Präsenz gleichzeitig auch die Geldebewilligung involvire, da es doch ein Ding der Unmöglichkeit sei, von dem für je einen Mann aufgestellten Satz etwas abhandeln zu können! Sehr logisch. Wie verhält sich nun aber dieses zu dem Bewilligen der Cadres, was nach Schulze's Ansicht sein mußte? Und ist ein Bewilligungsrecht bei Leuten, wie sie Herr Schulze schildert, nicht allein schon illusorisch! Trotzdem, daß wir eifrige Gegner des Septennats waren, können wir es eigentlich begrüßen, es ist dazu angethan, in so manchem finsternen Schädel eine Blendlaterne anzuzünden!

Zu Punkt 3, die Kirchenfrage betreffend, wollen wir weiter keine Worte verlieren; unsere Stellung zu diesem angeblichen Culturkampf ist satyam bekannt. Trotzdem es auch unsere Gegner, sind wir doch stets consequent geblieben: „Wir wollen keine Ausnahmengesetze!“

Wir werden gebeten, nachstehende Eingabe an die sächsische Kammer zu veröffentlichen, und thun dies hiermit ohne jeglichen Commentar:

„An die hohe sächsische Ständeversammlung“ zu Dresden!

Im Anschluß an meine früher gegen das Justizverfahren zweier R. S. Gerichtshöfe geführte gerechte Beschwerde, wende ich mich zum dritten Male an die hohe sächsische Ständeversammlung mit der ergebensten Bitte: mir bezüglich der, 1867 auf Grund des Erkenntnisses des R. Bezirksgerichts und des R. Oberappellationsgerichts zu Dresden, beziehentlich im Hinblick der Haltung des Königs von Sachsen gegenüber des gestellten Antrags: das falsche Urtheil unter Berufung an die sächsische Volksvertretung lassen zu lassen, unschuldig verurtheilt Haftstrafe in der Dauer von drei Monaten und vierzehn Tagen, endlich Genugthuung zu verschaffen und die früher bereits beanspruchte Entschädigung aus Staatsmitteln zu gewähren. Zu Begründung dieses Entschädigungsanspruches führe ich Ihnen, geehrte Vertreter der Volksrechte, noch Einmal den auf dem neunten deutschen Juristentag zu Stuttgart von dem gefeierten Staatsrechtslehrer Herrn Staatsrath Dr. Zacharia gestellten und zum Beschluß erhobenen Antrag vor. „Der Staat hat bei seiner Gesetzgebung in Betreff der Schadenzufügung seiner Beamten, das Prinzip der direkten Haftungsvorbindlichkeit des Staats zur Grundlage zu nehmen.“ Zur besseren Orientierung der hohen Kammer lasse ich den aus den beim R. Bezirksgericht zu Dschag ergangenen Akten entlehnten „Brief“ — der einzig und allein als Beweismittel des angeblichen Vergehens der Exproffung hingestellt worden — hier folgen. Derselbe lautet wörtlich: „An das Königl. Reichsamt zu Strehla. In Hinblick der mir durch zweimalige Beschlagnahme des Bißblattes: „Vorenzlicher Kladderadatsch“ erwachsenen, nicht unbedeutenden Verluste, wird dem Königl. Reichsamt zu Strehla hiermit aufgegeben, spätestens bis zum 6. d. Mts. eine partielle Entschädigung von vierzig Thalern zu leisten und dieselbe bei Vermeidung sofortiger Beschwerdeführung bei dem Königlich Preussischen Zivilcommissar Herrn von Wurmb zu Dresden, wegen Verweigerung des bereits seit einem Jahre entgegengegebenen Erkenntnisses und letzteren Falls wegen beleidigender Auslassungen des betr. Beamten an Gerichtsstelle zu vorenzlichen, beziehentlich Stellung des Antrags: die mir verkümmerte Rechtsache schleunigst untersuchen und vor dem competenten Gerichtshof entscheiden zu lassen, ungekännt anher einzusenden. Es zeichnet Dahlen, 3. Sept. 1866. Achtungsvoll ergebenst Heinrich Bezer.“

In der wegen Schreibung dieses „Wahnbrieft“ erfolgten Beurtheilung erblickt der Benutzers nicht nur ein parteiidealistisches Verfahren zweier Sächl. Gerichtshöfe und in Folge dessen einen an mir verübten — „Ehrenraub“, sondern auch eine dem König von Preußen zugefügte Verleumdung. — Ich gebe daher diese gerechte Beschwerdeführung zum letzten Male der hohen sächsischen Ständeversammlung zu erster Erwägung und Beschlußfassung anheim. Ablehnenden Falls würde ich meine Anklage unwiderruflich vor dem „Bundesrathe des deutschen Reiches“ erheben und von den gesetzgebenden Factoren noch vor Constitui-

\*) Den 24. Juni wörtlich dem „Sächsischen Landtag“ überliefert. Der Verf.

rung des höchsten Reichsgerichtshofs die mir von der Sächsischen Volksvertretung verweigerte Genugthuung fordern.

Es zeichnet hochachtungsvoll ergebenst Heinrich Bezer.

Dahlen, den 24. Juni 1874.  
Alle geehrten Red. der freien Presse werden gebeten, gegenw. Eingabe an den „Sächs. Landtag“ in die Spalten ihres Blattes aufzunehmen und mir gef. ein Exemplar der betr. Nr. unter Kreuzband einzusenden.“

**Genossenschaftsbuchdruckerei.**  
Antheilsscheine bez. Antheilquittungen ertheilen ferner: In Magdeburg B. Kl. 1, B. S. 1, A. Hdd. 1 Tdr.

**Fond f. pol. Gemahrgelste.**  
B. Epp. Waldheim gef. k. einer Hochzeit 15 Gr. B. Hmpe Schönebeck übertragen v. „Volkstaat“ 24 Gr. F. Th. hier 1 Tdr.

**Briefkasten**  
der Redaktion. Dem Verfasser von: „Die demokratische Bibliothek“: Der Artikel befindet sich jetzt vollständig in unseren Händen und wird baldmöglichst verwandt werden. Gruß! — H. Schm in Forst: Nächste Nummer. — Dr in Gera: Soll gelegentlich geschehen.  
der Expedition. W. Bragenheim Berlin: Ihre Annonce kam für die Sonntagsnummer zu spät. Schulze Berlin: Die Ann. f. Klemperer. kam viel zu spät für die Sonntagsnummer. Japle Deeslau: Die Annon. f. 19 Gr. — E. Hppz; Gerastr. Schr. 7 Gr. R. Wplf Poch-nig Ab. Tdr. 1 21. W. Smraff London Ab. 7 Gr. W. Bragenheim Berlin Ann. 15 Gr. G. Clott Heidelberg Schr. Tdr. 1 20 2. A. Ghr Wien Ab. 3 Tdr. A. Hppz Breslau Ann. Tdr. 1 10. D. Engdef Darmen Ann. 12 Gr. T. Wnd Essen Schr. 5 Gr. St. Ugarit Aig-grabiola Ab. Tdr. 2 8. Hontz Berlin Ann. 10 Gr. G. H. Griebert-dorf f. div. Volkst. 4 Gr. H. H. mann Geseendorf: Die Schriften betragen 1 Tdr. 25 Gr.

### Anzeigen zc.

**Berlin** Metallarbeitergewerkschaft. Den zureichenden Gewerkschaften zur Nachricht, daß unser Versammlungstotal sich Auguststraße Nr. 80 bei Wacke befindet, woselbst alle Sonnabend um 1/9 Uhr die Genossen sich einfinden. Haverith Vervollmächtigter, Lichtenstr. 79.

**Berlin** Gewerkschaft der Manufakturarbeiter. Sonnabend, d. 25. Juli. Abends 8 Uhr: **Versammlung**, Frankfurterstr. 84. Vortrag von Heiland. Ich erlaube die Mitglieder alle am Plage zu sein und Gäste mitzubringen. Hr. Ficker, Vertrauensm.

**Berlin** Mittwoch, den 22. Juli, Abends 8 1/2 Uhr: **Öffentliche Cigarrenarbeiter-Versammlung** im „Deutschen Kaiser“, Lothringersstr. 37, (früher Volkstr. 12.) — L. D.: 1) Vortrag von F. W. Frische. 2) Abrechnung. 3) Verschiedenes. Die Commission.

**Cöln u. Umgegend** Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Sonntag, den 26ten Juli, Morgens 10 Uhr: **Versammlung** bei Dreuer, Eigelstein 25. — L. D.: Bericht-erstattung des Delegirten Schumacher über den Congreß. Um vollständiges Erscheinen bitten Der Vertrauensmann.

**Grimma** Sonntag, den 26. Juli, früh 7 Uhr: **Ausflug nach Leisnig**. Den Leisniger Freunden zur Nachricht: 11 Uhr in Rischendorf.

**Hannover** Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Sonnabend, den 25. Juli: **Geschlossene Mitglieder-Versammlung** bei Herrn Barling, Knochenhauerstr. 59. L. D.: 1) Berichtserstattung über den Partei-Congreß zu Coburg. — 2) Innere Parteiangelegenheiten. Sonnabend über 8 Tage in obigem Local: **Geschlossene Mitglieder-Versammlung**. — L. D.: 1) Fortsetzung über den Congreß zu Coburg. — 2) Innere Parteiangelegenheiten. F. Schaarer.

**Leipzig** Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Donnerstag, d. 23. Juli, Abends 8 Uhr, im Saale des Eldorado. — L. D.: Soz. u. pol. Wochenbericht. Ref. C. Seifert. — Diskussion über Punkt 6 des Programms: Obligatorischer Unterricht in Volksschulen und unentgeltlicher Unterricht in allen öffentlichen Bildungsanstalten. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Donnerstag, den 6. August, Abends 8 Uhr: **Ordentliche Generalversammlung**. 1) Kassendbericht. — 2) Wahl des Vorstandes und der Revisoren. — 3) Vereinsangelegenheiten. Anträge, Beschwerden zc. kommen nur laut § 12 des Statuts zur Erledigung wenn selbe bis längstens Mittwoch, den 29. dts. schriftlich oder mündlich dem Vorstand mitgeteilt worden sind. Der Obige.

Um gelegentliche Mittheilung von Adressen antiquarischer Buchhandlungen in Deutschland, Dänemark sowie Oesterreich und der Schweiz deutschen Theils, an die Expedition wird freundlich gebeten. [2a

**Die Union**  
Organ für die deutschen Holzarbeiter  
erscheint in Hamburg seit dem 1. Januar und auch im nächsten Quartal monatlich zwei Mal.  
Solcher laut Beschluß des Magdeburger Gewerkschafts-Congresses wöchentlich ein Mal als Organ der deutschen Gewerkschaften.  
Alle Postanstalten nehmen Abonnements zum Preise von 4 Sgr. pro Quartal entgegen.  
Hamburg. Verlag und Redaktion der „Union.“ [15

**Christenthum und Sozialismus.**  
Eine Polemik zwischen Hrn. Kaplan Hahoff in Hülse und dem Verfasser der Schrift: „Die parlamentarische Thätigkeit des deutschen Reichstags und der Landtage zc.“  
24 Seiten groß Oktav. Preis 1 1/2 Rgr.

**Die Grund- und Bodenfrage.**  
Von Wilh. Liebfnecht.  
128 Seiten groß Oktav. Preis broschirt 5 Rgr.

**Leipziger Hochverrathprozess**  
12. (Schluß-) Lieferung.  
Die „ungehaltene“ Reden enthaltend.  
72 Seiten. Preis 2 1/2 Groschen.  
Vorstehende Preise verstehen sich gegen baar oder Post-vorschuß. — Wiederverkäufer erhalten Rabatt.  
Expedition des „Volkstaat.“

Leipzig: Verantw. Redaktions: R. Pfeiffer. (Redaktion und Expedition Reichstr. 44.) Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.